

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Entschließung zur Umsetzung der Beschlüsse der 31. Ostseeparlamentarierkonferenz in Stockholm, Schweden, vom 12. bis 14. Juni 2022

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt den von der 31. Ostseeparlamentarierkonferenz (*Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC*) am 14. Juni 2022 verabschiedeten Beschlüssen (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeit zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen der 31. BSPC sowie dem aktualisierten Ostseeaktionsplan der Helsinki Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (HELCOM) und dessen Umsetzung weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Beschlüsse zu empfehlen.
3. Der Landtag begrüßt,
 - a) dass der Ständige Ausschuss der BSPC den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gebeten hat, sein Engagement im Rahmen
 - der Wahrnehmung der Berichterstattung der BSPC für nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion durch seine Präsidentin Birgit Hesse fortzusetzen,
 - der Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei HELCOM durch seine Erste Vizepräsidentin Beate Schlupp fortzusetzen,
 - der Wahrnehmung der Berichterstattung der BSPC für integrierte maritime Politik durch den Abgeordneten Philipp da Cunha fortzusetzen.
 - b) dass die Sitzung der BSPC-Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität auf Einladung des Landtages vom 29. bis 30. August 2022 in Schwerin ausgerichtet wurde und dass der Abgeordnete Philipp da Cunha zum Vorsitzenden dieser Arbeitsgruppe bestimmt wurde.

Der Landtag erkennt die damit verbundene Auszeichnung und Verpflichtung an. Denn Artikel 11 seiner Verfassung verpflichtet das Land zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit insbesondere im Ostseeraum. Die Aktivitäten im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz zeigen, dass hoher Einsatz und intensive Arbeit die Interessen des Landes im Ostseeraum voranbringen. Vor diesem Hintergrund wird der Landtag die mit seinem Engagement in der BSPC verbundenen Aufgaben weiterhin wahrnehmen und die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz wie bisher unterstützen.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge, insbesondere im Hinblick auf die Themenfelder
 - a) Zusammenarbeit in der Ostseeregion,
 - b) Demokratie, Menschenrechte und Meinungsfreiheit,
 - c) Abschwächung des Klimawandels, den Schutz der Biodiversität und die Anpassung an den Klimawandel,
 - d) demografische Herausforderungen vor dem Hintergrund der russischen Invasion in der Ukraine; Migration, Arbeitsmärkte und das soziale Wohlfahrtsmodell,in der Ostseeregion einzusetzen, diese im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umzusetzen sowie den Landtag entsprechend dem Beschluss des 8. Landtages vom 1. Dezember 2021 zu der Drucksache 8/109 bis zum 31. März 2023 über die Umsetzung der in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge zu unterrichten.

Julian Barlen und Fraktion

Franz-Robert Liskow und Fraktion

Jeannine Rösler und Fraktion

Dr. Harald Terpe und Fraktion

René Domke und Fraktion

Begründung:

Vom 12. bis 14. Juni 2022 richtete der Schwedische Reichstag – nach einer zweijährigen, Corona-bedingten Unterbrechung mit digitalen Konferenzen – die 31. Ostseeparlamentarierkonferenz (*Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC*) in Stockholm aus. Mehr als 160 Abgeordnete, hochrangige Gäste und Fachleute trafen zusammen, um die Zukunft der Ostseeregion im Lichte des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie der Klima- und Demokratiekrise zu besprechen und eine gemeinsame Resolution mit Handlungsempfehlungen an die Regierungen der Ostseestaaten zu verabschieden.

Darüber hinaus wurde die neue Satzung und Geschäftsordnung der Ostseeparlamentarierkonferenz beschlossen. Diese legt Grundlagen, Kerngrundsätze, Aufgaben und Ziele der BSPC sowie das Ausschlussverfahren von Mitgliedern fest. Demokratische Werte, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, friedliche nachbarschaftliche Verhältnisse, Achtung des Völkerrechts sowie eine widerstandsfähige Zivilgesellschaft und robuste nicht staatliche Organisationen (NGOs) stellen demnach die Grundlagen und Grundsätze der Zusammenarbeit innerhalb der Ostseeparlamentarierkonferenz dar. Die Einhaltung der und das Eintreten für die anerkannten Völkerrechtsnormen wurden als unabdingbare Voraussetzung für die Teilnahme an und Zusammenarbeit in der BSPC festgelegt.

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern wurde vertreten durch seine Erste Vizepräsidentin, Frau **Beate Schlupp** (CDU), als Delegationsleiterin und die Abgeordneten Herrn **Thomas Krüger** (SPD), Herrn **Nikolaus Kramer** (AfD), Frau **Katy Hoffmeister** (CDU), Herrn **Christian Albrecht** (DIE LINKE), Frau **Anne Shepley** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Frau **Sabine Enseleit** (FDP) sowie Herrn **Philipp da Cunha** (SPD) in seiner Eigenschaft als BSPC-Berichterstatter für integrierte maritime Politik und Mitglied in der Arbeitsgruppe der Konferenz.

Die Konferenz wurde am 13. Juni 2022 durch den Präsidenten des schwedischen Riksdag, Herrn **Dr. Andreas Norlén**, die schwedische Außenministerin, Frau **Ann Linde**, und den Präsidenten der Ostseeparlamentarierkonferenz und Abgeordneten des schwedischen Parlaments, Herrn **Pyry Niemi**, eröffnet. Für die weiteren Einzelheiten wird auf die Berichterstattung im unteren Abschnitt verwiesen.

Im abschließenden Konferenzabschnitt wurden traditionell die Berichte der BSPC Berichterstatterinnen und Berichterstatter vorgestellt. Im Rahmen der langjährigen Sondermandate des Landtages haben Frau Vizepräsidentin **Beate Schlupp** in ihrer Funktion als BSPC-Beobachterin bei der Helsinki Kommission (HELCOM) und Herr Abgeordneter **Philipp da Cunha** als BSPC-Berichterstatter für integrierte Meerespolitik die Konferenz über die Entwicklungen in ihren jeweiligen Berichtsfeldern angesichts der multiplen gegenwärtigen Herausforderungen informiert.

Höhepunkt der Veranstaltung war die Verabschiedung der Resolution der 31. Ostseeparlamentarierkonferenz. Die wesentlichen inhaltlichen Schwerpunkte der Entschließung beziehen sich im Hinblick auf die **Zusammenarbeit in der Region** auf die Verabschiedung von Maßnahmen, die notwendig sind, um die Sicherheit der Völker und die Verteidigung der Werte und Demokratien in der Ostseeregion sicherzustellen; die Unterstützung der Ukraine bei der Verteidigung ihres Volkes und der demokratischen Werte; die Intensivierung der Bemühungen, um bei der Stärkung von Sicherheit, Frieden und regionaler Identität auf der Grundlage von Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, friedlichen nachbarschaftlichen Verhältnissen und des Völkerrechts geschlossen zu agieren und zu reagieren; die Intensivierung des Jugendaustausches und des Austausches von jugendlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie den Ausbau vom nachhaltigen Tourismus.

In Bezug auf **Demokratie, Menschenrechte und Meinungsfreiheit** fordert die Resolution u. a. die von der russischen Regierung und weiteren Akteuren initiierten Desinformationskampagnen und ihrer Kriegspropaganda ausgehenden wachsenden Bedrohung für die demokratische Gemeinschaft konsequent und entschlossen zu bekämpfen; die Maßnahmen zur Erhöhung des Vertrauens in demokratische Strukturen und Werte zu verstärken sowie Toleranz und Offenheit, Medien- und Meinungsfreiheit und robuste nicht staatliche Organisationen als Eckpfeiler der Demokratien in der Ostseeregion zu fördern und die Rechte von Flüchtlingen, ethnischen Minderheiten, LGBTQ-Menschen, Frauen, Kindern, alten Menschen und weiteren vulnerablen Gruppen, die in Kriegszeiten besonders gefährdet sind und durch intolerante Einstellungen bedroht werden, zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Mit Blick auf **die Abschwächung des Klimawandels, den Schutz der Biodiversität und die Anpassung an den Klimawandel** ruft die Konferenz u. a. dazu auf, den aktualisierten HELCOM-Ostseeaktionsplan und die damit verbundenen Aktionsdokumente zu unterstützen; alle Bemühungen zu verstärken und gleichzeitig in verschiedenen Bereichen eng zusammenzuarbeiten, um die Chance zu erhalten, den Temperaturanstieg auf deutlich unter 2°C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, und Anstrengungen zu unternehmen, den Temperaturanstieg auf 1,5° C über dem vorindustriellen Niveau zu halten; die Nutzung von erneuerbaren Null- und Niedrigemissionsenergien aus inländischen Quellen und langfristig die Nutzung von Energien voranzutreiben, die aus demokratischen und verlässlichen Partnerländern gemeinsam mit innovativen Wasserstoff-Anwendungen und Wasserstoff-Derivaten auf der Grundlage erneuerbarer Energien in Industrie und Handel sowie im Wärme- und Mobilitätssektor importiert werden. Im Hinblick auf Munitionsaltlasten sollen in enger Zusammenarbeit mit HELCOM und dem Ostseerat die Anstrengungen zur Entdeckung und Neutralisierung von Kampfmitteln in der Ostsee mit konkreten Maßnahmen über eine multilaterale Zusammenarbeit konsequent weiter verstärkt werden. Der Ostseeraum soll als eine weltweite Modellregion für die ökologisch nachhaltige, schnelle und bezahlbare Bergung, Dekontaminierung und Beseitigung von im Meer versenkten Kampfmitteln etabliert werden; es sollen Methoden der ökologischen Agrarwirtschaft umgesetzt werden; politische Maßnahmen und Regulierungen im Bereich Fischerei, Schifffahrt und in anderen Industriezweigen, die die Biodiversität in der Ostsee und das globale Klima gefährden, sollen gemeinsam mit allen relevanten Akteuren entwickelt und umgesetzt werden sowie die Kettennutzung in allen möglichen Bereichen unterstützt werden.

Schließlich fordert die Resolution im Hinblick auf **die demografischen Herausforderungen vor dem Hintergrund der russischen Invasion in der Ukraine; Migration, Arbeitsmärkte und das soziale Wohlfahrtsmodell** dafür zu sorgen, dass die demografischen strukturellen Veränderungen in Bezug auf Wohnraum, Bildung, Kinder- und Gesundheitsschutz, Arbeitsmärkte und Einstellungen gegenüber ankommenden Flüchtlingen optimal adressiert werden und eine optimale Unterstützung für diejenigen, die vorübergehend im jeweiligen Land bleiben, und die Inklusion für diejenigen, die dauerhaft im jeweiligen Land bleiben, garantiert wird.

Ablauf der 31. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 12. bis 14. Juni 2022 in Stockholm, Schweden

Zukunft der Ostseeregion. Die Antwort auf Russlands Invasion in der Ukraine: starke Demokratien, Menschenrechtsschutz und nachhaltige Entwicklung.

Nach zwei Jahren digitaler Sitzungen kamen vom 12. bis 14. Juni 2022 mehr als 160 Teilnehmende aus dem gesamten Ostseeraum – exklusive Russlands – in der zweiten Kammer des Schwedischen Riksdag zusammen, um die regionalen Herausforderungen mit Blick auf den Krieg, die Demokratie, die Medienfreiheit und die Demografie zu besprechen und nach gemeinsamen Lösungsansätzen zu suchen. Das Programm startete am Sonntag, den 12. Juni mit den Sitzungen des Redaktionsausschusses sowie des Ständigen Ausschusses der BSPC, bei denen der Landtag Mecklenburg-Vorpommern durch seine Erste Vizepräsidentin **Beate Schlupp** vertreten wurde. Neben Verhandlungen über den Entwurf der Konferenzresolution stand die Aktualisierung der Satzung und der Geschäftsordnung der BSPC auf der Agenda. Diese wurde in Reaktion auf den durch Russland geführten Angriffskrieg in der Ukraine vorgenommen. Die Konferenz bekräftigte die Beschlüsse des BSPC-Vorsitzes und des Ständigen Ausschusses des BSPC, die russischen Parlamente zu suspendieren.

Eröffnung

Nachdem die 31. Jahreskonferenz durch den BSPC-Präsidenten und Abgeordneten des schwedischen Parlaments, Herrn **Pyry Niemi**, offiziell eröffnet wurde, erinnerte der Präsident des schwedischen Riksdag, Herr **Dr. Andreas Norlén**, daran, dass aufgrund der COVID-19-Pandemie die 30. Ostseeparlamentarierkonferenz digital abgehalten werden musste. Die 31. Jahreskonferenz werde von einer anderen Bedrohung dominiert – nämlich dem Krieg Russlands gegen die Ukraine, der enorme Auswirkungen auf die Zusammenarbeit im Ostseeraum und die BSPC selbst habe. Demokratische Länder hätten rasch Sanktionen gegen Russland verhängt und die Ukraine unterstützt. Die schwedische Regierung habe militärische Unterstützung geleistet und drei Monate nach der Invasion die historische Entscheidung getroffen, in enger Partnerschaft mit Finnland einen Antrag auf Mitgliedschaft in der NATO zu stellen. Dr. Norlén betonte die Bedeutung der Parlamente für die Wahrung der demokratischen Werte und des Völkerrechts. Demokratie und Meinungsfreiheit seien Voraussetzungen für den Frieden. Die Medien spielten in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle in der Förderung von Transparenz und Verantwortung. Er hob auch die Jugendarbeit des BSPC hervor und wies auf das zweite Jugendforum (*Baltic Sea Parliamentary Youth Forum*) hin, das im Vorfeld der Jahreskonferenz stattgefunden habe, um jungen Menschen eine Stimme zu geben. Demokratische Werte, Rechtsstaatlichkeit und Vertrauen in das demokratische System seien nicht selbstverständlich und sollten geschützt und weitergefördert werden, erklärte Herr Norlén.

Die schwedische Außenministerin, Frau **Ann Linde**, betonte, dass Schweden die ungerechtfertigte Aggression Russlands gegen die Ukraine aufs Schärfste verurteile, und unterstrich, dass die Achtung der grundlegenden Normen des Völkerrechts das Herzstück jeder internationalen und regionalen Zusammenarbeit sei. Russland habe sich auf absehbare Zeit von jeglicher Zusammenarbeit disqualifiziert. Des Weiteren wies Frau Linde auf die zunehmende Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Russland hin, wobei die russischen Staatsmedien ein verzerrtes Bild der Realität vermitteln würden. Die Zusammenarbeit zum Schutz demokratischer Institutionen in der Region sei von entscheidender Bedeutung. Schweden sei entschlossen, die wichtige Arbeit des Ostseerates im Rahmen seines Aktionsplans fortzusetzen. Sie hob drei wichtige Bereiche hervor, in denen die Kooperation intensiviert werden sollte: in der Unterstützung der Ukraine, der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit, nicht zuletzt im Bereich der Jugendpartizipation, und im Bereich des Umweltschutzes, wo die „Stockholm +50“-Konferenz der Erreichung der Klimaziele einen neuen Schwung verliehen habe.

Im Anschluss warf der BSPC-Präsident **Pyry Niemi** einen Blick auf die vergangenen zwei Jahre des schwedischen Vorsitzes in der Ostseeparlamentarierkonferenz zurück und hob die schnelle und gemeinsame Reaktion auf Russlands Aggression in der Ukraine hervor. Dreißig Jahre lang sei es das Hauptziel des BSPC gewesen, zu Frieden, Stabilität und Wohlstand im Ostseeraum beizutragen. Der gegenwärtige Krieg habe die Notwendigkeit der Zusammenarbeit noch verstärkt. Die BSPC müsse weiterhin die demokratische Entwicklung in der Region fördern. In diesem Zusammenhang erinnerte er an das Leitmotiv der schwedischen Präsidentschaft: nachhaltige Demokratien und gemeinsame Herausforderungen in einer sich verändernden Welt. Eindämmung des Klimawandels und Schutz der Biodiversität seien weitere Schwerpunkte des Vorsitzes gewesen und standen ganz oben auf der Agenda der aktuellen BSPC-Arbeitsgruppe. Auch die Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen, darunter der HELCOM, dem Ostseerat, der Parlamentarischen Versammlung des Mittelmeerraums, dem Nordischen Rat und der Baltischen Versammlung, sei vertieft worden. Die russische Invasion in der Ukraine habe die Arbeit der BSPC beeinträchtigt. Mit neuer Kraft und einer überarbeiteten Geschäftsordnung werde die BSPC jedoch weiter für Demokratie und ökologische Nachhaltigkeit kämpfen – und zwar stärker als zuvor.

Erster Sitzungsabschnitt: Friedliche und zuverlässige Nachbarschaft und intensive Kooperation in der Ostseeregion in Krisenzeiten

Im ersten Sitzungsabschnitt hielt der ehemalige stellvertretende Generalsekretär der Vereinten Nationen und ehemalige Außenminister Schwedens, Herr **Jan Eliasson**, einen Impulsvortrag und teilte seine Vorschläge zur Stärkung der Zusammenarbeit in der Ostseeregion mit Hinblick auf die multiplen aktuellen Krisen mit. Man solle sich auf positive Faktoren konzentrieren und versuchen, dessen Potential zu nutzen. Demokratische Nationen seien mehr denn je durch Interesse und Werte geeint. Es sei eine Chance, die Kooperation im Rahmen internationaler Organisationen wie der UNO und der OSZE zu stärken und so auch den Multilateralismus zu fördern, um gegen die wichtigsten gemeinsamen Herausforderungen der Klimakrise und der Demokratiekrise vorzugehen. Gemeinsame parlamentarische Zusammenarbeit sei in diesem Kontext von herausragender Bedeutung, da die Stärke demokratischer Gesellschaften bewiesen werden müsse. Das wichtigste Wort sei das Wort „gemeinsam“. In der anschließenden Diskussion betonte Herr Eliasson, dass Worte in Demokratien durchaus eine Bedeutung hätten. An Worte und Versprechen solle auch in Krisen- und Kriegszeiten festgehalten werden.

Sollte auf Russlands Aggression keine militärische Reaktion folgen, werde Russland seine Kriegsziele erreichen. Militärische Eskalationen könnten jedoch auch zur Erweiterung und Intensivierung von Kampfhandlungen führen. Es sei ein großes Dilemma. Der Krieg und die Krise würden lange andauern und man solle Antworten auf dieses äußerst schwierige Dilemma finden.

Danach sprachen die Vertreterinnen des scheidenden und kommenden Ostseeratsvorsitzes über die aktuellen und künftigen Schwerpunkte der regionalen Zusammenarbeit im Ostseeraum. In einer Videobotschaft wies die norwegische Außenministerin, Frau **Anniken Huitfeldt**, darauf hin, dass der russische Krieg gegen die Ukraine die Landkarte Europas verändert habe, nicht zuletzt durch den wahrscheinlichen Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO. Sowohl die BSPC als auch der Ostseerat hätten die Mitgliedschaft Russlands in ihren Organisationen suspendiert. Zudem betonte Frau Huitfeldt, dass die regionalen Netzwerke gegen Menschenhandel des Ostseerates die Geflüchteten aus der Ukraine aktiv unterstützen würden. Trotz des Krieges solle die Arbeit des Ostseerates zur Lösung gemeinsamer Probleme fortgesetzt werden, um die globale Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion aufrechtzuerhalten.

Als künftige Präsidentin des Ostseerates stellte die deutsche Außenministerin, Frau **Annalena Baerbock**, die Schwerpunkte des deutschen Vorsitzes vor. Erstens gehe es um den Ausbau der Offshore-Windenergie zur Sicherung der Energieversorgung. Dieser solle zunächst durch ein *Baltic Offshore Forum* mit Akteuren aus dem öffentlichen und privaten Sektor zur Initiierung konkreter Windkraftprojekte unterstützt werden. Zweitens solle die Zusammenarbeit mit Jugendlichen durch die Umwandlung der *Baltic Sea Youth Platform* in eine ständige Einrichtung intensiviert werden. Zudem solle ein Jugend-Ministertreffen im Vorfeld der ministeriellen Sitzung, die sich mit Fragen der Digitalisierung, der Klimakrise und des grünen Wandels befassen werde, stattfinden. Drittens wolle sich der deutsche Vorsitz auf das Problem der versenkten Munition konzentrieren. Im ersten Schritt würden einschlägige Expertinnen und Experte zusammengeführt, um die Beseitigung der Munitionsaltlasten zu beschleunigen. Frau Baerbock bekräftigte zum Schluss, dass Europa gegen die russische Aggression zusammenstehen müsse.

Der Vorsitzende des Ausschusses Hoher Beamter des Ostseerates, Herr **Olav Berstad**, betonte, dass die Ministererklärung von Kristiansand eine klare Botschaft der Einheit gesendet habe und unterstrich, dass Demokratie und Menschenrechte zu den grundlegenden Prinzipien und Zielen der Kooperation im Rahmen des Ostseerates zählen würden.

Abschließend kamen Vertreterinnen und Vertreter der Partner- und Beobachterorganisationen zu Wort. So unterstrichen Herr **Gennaro Migliore**, Präsident der der Parlamentarischen Versammlung des Mittelmeers (PAM), Frau **Cecilia Widegren**, Vizepräsidentin der Interparlamentarischen Union (IPU), Frau **Josefin Carling**, Generalsekretärin der *Nordic Association* und des *Baltic Sea NGO Network*, und Frau **Annika Annerby Jansson**, Präsidentin der Regionalversammlung der Region Skåne, die Bedeutung parlamentarischer und zivilgesellschaftlicher regionaler Kooperation für die Förderung des Friedens und der Demokratie.

Die scheidende Vorsitzende der Helsinki Kommission (HELCOM), Frau **Dr. Lilian Busse**, wies auf die mit der Pandemie und dem Krieg verbundenen Herausforderungen für die regionale Kooperation im Bereich des Meeresumweltschutzes während des zweijährigen deutschen HELCOM-Vorsitzes hin und berichtete über Erfolge, die trotz der Krisen erzielt werden könnten. Dazu zähle u. a. die Verabschiedung des Ostseeaktionsplans (*Baltic Sea Action Plan, BSAP*), des regionalen Aktionsplans gegen Meeresmüll und Unterwasserlärm sowie der HELCOM *Science Agenda* während des HELCOM-Ministertreffens im Oktober 2021.

Zweiter Sitzungsabschnitt: Demokratie und freie Meinungsäußerung – wie können freie Medien in der Ostseeregion gesichert werden?

Die zweite Sitzung am ersten Konferenztag befasste sich mit der Rolle freier und unabhängiger Medien für die Demokratie.

In seinem einleitenden Vortrag befasste sich zunächst der internationale Redakteur bei der dänischen Tageszeitung *Politiken*, Herr **Michael Jarlner**, mit der allgemeinen Situation und Rolle der Presse in der Ostseeregion. Eine Herausforderung für die Pressefreiheit sei die Tatsache, dass Belarus Reportern die Einreise verweigere, während das neue russische Mediengesetz eine unabhängige Berichterstattung aus Russland unmöglich mache. Mit Blick auf die allgemeine Mediensituation bedauerte er die kurze Aufmerksamkeitsspanne sowohl in der Presse als auch in der Politik und betonte, dass der Krieg nicht aus den Augen verloren werden dürfe. Bei *Politiken* werde man versuchen, der kurzen Aufmerksamkeitsspanne zu entgegenen, indem man Politikerinnen und Politikern sowie Oppositionskräften und dem kritischen Journalismus aus der Ukraine, Belarus und Russland eine Bühne und Unterstützung anbiete, um ihre Vision zu verbreiten. Herr Jarlner, betonte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, der russischen Desinformation entgegenzuwirken. Übersetzungen ins Russische und Verbreitung von unabhängigen Informationen für russischsprachige Menschen im Internet könne eine Option sein. Schließlich kritisierte er auch die verstärkte staatliche Kontrolle über die Medien in Polen und unterstich, dass Russland ein Beispiel dafür sei, was die europäischen Nationen nicht sein wollten.

Frau **Valentyna Shapovalova**, Doktorandin an der Universität Kopenhagen, ging in ihrem Vortrag auf russische Desinformation und Propaganda ein. Um das derzeitige innenpolitische Klima in Russland zu veranschaulichen, skizzierte sie die mediale Darstellung der Gräueltaten von Butscha. Die staatlichen russischen Medien hätten die Tragödie als Inszenierung seitens der ukrainischen Truppen dargestellt. Desinformation und Propaganda seien von Russland sowohl im Inland als auch im Ausland jahrelang als Mittel der Informationskriegsführung eingesetzt worden. Frau Shapovalova skizzierte das Desinformations- und Propagandasystem, das traditionelle und soziale Medien in Russland und im Ausland umfasse und auf nuancierte und vielschichtige Weise vom Kreml gesteuert werde. Sie beschrieb eine Reihe von Narrativen in der russischen Desinformationssphäre. In diesen werde beispielsweise die NATO beschuldigt, in der Ukraine Krieg zu führen, während die Ukraine selbst als Marionettenstaat bezeichnet werde. Diese Desinformation verfolge drei zentrale Ziele: die Existenz von faktisch überprüfbaren Informationen zu untergraben, die Legitimität demokratischer Institutionen im Westen zu unterminieren und die politischen und geopolitischen sowie militärischen Interessen des Kremls zu fördern. Das russische Desinformations- und Propagandasystem sei kompliziert und müsse sehr ernst genommen werden.

Anschließend fragte die Landtagsabgeordnete, Frau **Anne Shepley**, wie sich das Desinformations- und Repressionssystem in Russland entwickeln werde und wie man in Russland trotz Zensur und Internetblockaden den Zugang zu Informationen sichern könne. Daraufhin merkte Frau Shapovalova an, dass es immer schwieriger werde, Informationen nach Russland zu transportieren. Trotzdem sollte versucht werden, die russische Bevölkerung zu erreichen, auch wenn sich die Räume für den freien Informationsaustausch rapide schließen würden.

Zuletzt warnte die Direktorin des *Åland Islands Peace Institute*, Frau **Sia Spiliopoulou Åkermark**, in ihrer Rede vor der Ausgrenzung, Marginalisierung und Stereotypisierung von russischsprachigen Minderheiten in westlichen Staaten. Sie äußerte sich besorgt über die potentielle „Versicherheitlichung“ (Securitization) von Minderheiten. Laut der Kopenhagener Schule der Internationalen Beziehungen beschreibe dieser Begriff die Wahrnehmung oder Darstellung von relevanten Themen, Situationen oder Akteuren als existentielle Sicherheitsprobleme für die Mobilisierung der Öffentlichkeit und Legitimierung von außerordentlichen Maßnahmen. Frau Åkermark zeigte sich einverstanden damit, dass Desinformation ernst genommen werden solle, denn wenn es keine Einigkeit über grundlegende Tatsachen gebe, könne nicht gemeinsam agiert werden.

Dritter Sitzungsabschnitt: Eindämmung des Klimawandels, Schutz der Biodiversität und Anpassung an den Klimawandel

Im Fokus des dritten Sitzungsabschnittes, der durch die Vorsitzende der BSPC-Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität, Frau **Cecilie Tenfjord-Toftby**, moderiert wurde, standen internationale und nationale Maßnahmen zum Schutz der Artenvielfalt und zur Eindämmung des Klimawandels. In ihrer Einleitung wies Frau Tenfjord-Toftby darauf hin, dass die dramatische Zunahme von Extremwetterereignissen auf den Klimawandel zurückzuführen sei, und unterstrich, dass die Bemühungen zur Erreichung der Klimaziele beschleunigt werden sollten.

Zunächst berichtete der Staatssekretär im schwedischen Ministerium für Klima und Umwelt, Herr **Anders Grönvall**, über die vom 2. bis 3. Juni 2022 stattgefundenen „Stockholm+50“-Konferenz, die von Vertreterinnen und Vertretern von 155 Staaten besucht wurde. Er hob Punkt 3 der Abschlussempfehlungen der Konferenz hervor, in dem die Förderung des Ausstieges aus fossilen Brennstoffen thematisiert worden sei. Zudem sei auf die Notwendigkeit der Umsetzung von internationalen Klimaschutzverpflichtungen und des Aufbaus von umweltorientierten Ökonomien hingewiesen worden. Der Klimawandel stelle eine Bedrohung für die Wälder, Meere und Städte in der Ostseeregion dar. Gleichzeitig habe die Region auch großes Potenzial zur Eindämmung des Klimawandels, z. B. durch den Ausbau der Windenergie. Mit Blick auf den Ende 2021 aktualisierten HELCOM-Ostseeaktionsplan zeigte er sich zuversichtlich, dass alle notwendigen Maßnahmen umgesetzt werden könnten. Deren Implementierung solle jedoch schnellstmöglich geschehen.

Anschließend fand eine Podiumsdiskussion zu den bewährten Praktiken und Initiativen im Bereich des Arten- und Klimaschutzes statt. Die Expertin für Fischerei und Markt, bei WWF Schweden und Vertreterin des *Baltic Sea NGO Forum*, Frau **Inger Melander**, stellte die einschlägigen Aktivitäten zum Schutz der Schweinswale und Projekte zur Begrenzung des Nährstoffeintrags in die Ostsee, zur Datenerfassung und Überwachung von Seevögeln, Fischbeständen sowie Nährstoffüberlastungen und einen Leitfaden für Verbraucher über Meeresfrüchte vor.

Der Seniorprojektmanager bei Nefco („Nordic Environment Finance Corporation“), Herr **Dennis Hamro-Drotz**, erwähnte, dass es viele gute Pläne und Initiativen gebe, es jedoch oft an finanziellen Mitteln fehle. Nach der Verabschiedung des aktualisierten HELCOM-Ostseeaktionsplans arbeite Nefco mit mehreren Ostseestaaten zusammen, um Projekte in Verbindung mit der Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen zu fördern. Er stellte innovative Projekte im Bereich der Wiederverwendung von Nährstoffen aus der Viehzucht, der Bekämpfung von Treibhausgasemissionen aus dem Meeresboden in Eutrophierungsgebieten und der Entfernung von Nährstoffen aus dem Meer durch die Fischerei und die Verarbeitung von geringwertigem Fisch vor.

Zum Schluss präsentierten **Andreas Schoop** und **Simona Jakaitė** die Abschlussempfehlungen des zweitägigen *Baltic Sea Parliamentary Youth Forum*, das im Vorfeld der Jahreskonferenz abgehalten wurde und sechzig junge Menschen aus der gesamten Ostseeregion versammelte. Die Forderungen und Empfehlungen des Jugendforums bezogen sich auf den Schutz von Wäldern, Feuchtgebieten und der See sowie die Förderung von Innovationen und resilienten Städten. Das Jugendforum empfiehlt u. a. die Entwicklung regionaler Strategien für ökologische Notfälle, den schrittweisen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und mehr Investitionen in erneuerbare Energien. Weiterhin forderte es sauberere und billigere Verkehrsmittel, eine stärkere Beteiligung der Jugend an der Stadtplanung, rechtlich verbindliche Quoten für die Fischerei und die Regulierung von Einwegplastik sowie die Begrenzung von landwirtschaftlichen Abfällen.

Vierter Sitzungsabschnitt: Demografische Herausforderungen im Hinblick auf Russlands Invasion in die Ukraine; Migration, Arbeitsmärkte und soziale Wohlfahrtsmodell

Am zweiten Konferenztag standen zunächst die durch Russlands Krieg gegen die Ukraine verursachten Herausforderungen im sozialen Bereich im Vordergrund. Die ehemalige BSPC-Präsidentin und Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft, Frau **Carola Veit**, erläuterte, dass der Krieg viele Länder in der Region betroffen und Fragen aufgeworfen habe, auf die zusätzlich zu den bereits ergriffenen Maßnahmen Antworten gefunden werden müssten. Diese würden Fragen der Unterbringung, Bildung, Kinder- und Gesundheitsfürsorge, Arbeitsmarktzugang und Integration umfassen.

Die EU-Kommissarin für Inneres, Frau **Ylva Johansson**, wies auf die unmittelbare entschlossene und einzigartige Reaktion der Europäischen Union hin, die zum ersten Mal in ihrer Geschichte die Richtlinie über den vorübergehenden Schutz aktiviert habe. Sie hob das freiwillige soziale Engagement von Bürgerinnen und Bürgern zur Unterstützung Geflüchteter hervor. Die Solidarität sei groß gewesen: Polen, Estland und Litauen gehörten zu den sechs Ländern, die die meisten Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen hätten. Etwa 400 000 ukrainische Kinder würden Schulen in EU-Mitgliedstaaten besuchen, davon 200 000 in Polen und 130 000 in Deutschland. Seit Beginn des Krieges seien rund 6,5 Millionen Menschen aus der Ukraine in die EU gekommen. Von denen seien etwa 2,5 Millionen zurückgekehrt; circa vier Millionen seien in der EU verblieben. Etwa 3,2 Millionen Geflüchtete hätten einen Antrag auf vorübergehenden Schutz gestellt. Somit habe die russische Aggression die größte Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg verursacht. Frau Johansson erinnerte daran, dass sie vor zwei Jahren einen neuen Pakt zu Migration und Asyl vorgestellt habe. Im Juni 2022 sei eine Einigung in einigen wichtigen Punkten erzielt worden.

Dies zeige, dass die Mitgliedstaaten nun bereit seien, ein dringend benötigtes europäisches System für Migration und Asyl einzurichten. Zum Schluss unterstrich sie, das Russland einen Zermürbungskrieg in der Ukraine führe, und dass für die Zukunft Beharrlichkeit und Ausdauer erforderlich seien.

In der darauffolgenden Fragerunde erkundigte sich die Landtagsabgeordnete, Frau **Anne Shepley**, ob die Frage, aus welchem Grund die Richtlinie zum übergehenden Schutz erst nach dem Krieg in der Ukraine aktiviert worden wäre, in der EU thematisiert werde. Frau Ylva Johansson führte aus, dass es Unterschiede zwischen Flüchtlingsströmen aus Syrien und Afghanistan einerseits und aus der Ukraine andererseits gebe. So seien früher hauptsächlich Männer geflohen, während Frauen und Kinder ihnen später gefolgt seien. In der Situation mit ukrainischen Flüchtlingen sei es umgekehrt. Gleichzeitig würden viele Menschen aus der Ukraine in der EU nicht dauerhaft bleiben wollen. Es gebe auch Unterschiede im Rechtsstatus, da der übergehende Schutz sich vom Asyl unterscheide. Ähnlichkeit zwischen Geflüchteten aus allen Ländern bestehe darin, dass Menschen vor Krieg und Zerstörung auf der Flucht seien. Deshalb sei Solidarität in allen Fällen und unabhängig vom Herkunftsland benötigt. Man solle auch über die Grenzen der Europäischen Union hinausblicken, da viele Länder außerhalb der EU von dem russischen Angriffskrieg betroffen seien und Unterstützung bräuchten.

Im Anschluss berichtete die stellvertretende Ministerin für Sozialhilfe und Arbeit der Republik Litauen, Frau **Justina Jakštienė**, über die Erfahrungen ihres Landes bei der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine. Bemessen an der Bevölkerungszahl nehme Litauen den drittgrößten Anteil an ukrainischen Flüchtlingen auf und behandle sie als eigene Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Fast die Hälfte der Flüchtlinge seien Kinder; von den etwa 20 000 Kindern seien etwa 1 200 unbegleitete Minderjährige. Alle Bildungsstufen bis hin zur Universität würden ihnen offenstehen – sowohl in litauischer als auch in russischer Sprache. Was die Beschäftigung von Erwachsenen betreffe, so hätten 30 Prozent der Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter bereits einen Arbeitsplatz gefunden. In Bezug auf die Herausforderungen wies Frau Jakštienė darauf hin, dass Kriegsmigration kompliziert und instabil sei und dass viele Menschen bereits zurückkehren würden. Unterkunft, Integration, Bildung und besondere soziale Unterstützung seien prioritäre Bereiche, in denen Maßnahmen erforderlich seien.

Auch Herr Prof. **Maciej Duszczuk** vom Zentrum für Migrationsforschung an der Universität Warschau betonte, dass der Krieg noch nicht vorbei sei und weiterhin Flüchtlinge aus der Ukraine ankämen. Gleichzeitig habe für Polen mit Blick auf die Migration der Krieg bereits im Jahr 2014 angefangen. So habe sich die Zahl der in Polen lebenden Ukrainerinnen und Ukrainer in den vergangenen vier Jahren verdreifacht. Nach vorläufigen und ungenauen Einschätzungen würden sich in Polen aktuell insgesamt etwa drei Millionen ukrainische Bürgerinnen und Bürger aufhalten. Angesichts der Abwanderung und Rückwanderung stelle sich jedoch die Frage, wie viele von ihnen bleiben würden. Die zentralen Herausforderungen seien mit Bildung, Unterbringung und Gesundheitsvorsorge verbunden. Man gehe davon aus, dass bis September 2022 mehr als eine halbe Million Kinder in das polnische Schulsystem integriert werden müssten; gleichzeitig seien etwa 600 000 Menschen immer noch in fremden Wohnungen untergebracht worden. Die „Mitleidsmüdigkeit“ sei eine psychologische Realität. Daher sei ein systematischer Ansatz sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene erforderlich.

Generaldebatte

Der ehemalige BSPC-Präsident, Herr Prof. **Jānis Vucāns**, leitete die Generaldebatte zusammen mit dem Abgeordneten des polnischen Parlaments, Herrn **Jaroslav Wałęsa**, und setzte damit ein Format fort, das seit 2018 fester Bestandteil der Jahreskonferenz ist. Dieses Format bot den Delegationen die Möglichkeit an, die aus ihrer Sicht wichtigen Fragen und Bereiche der Zusammenarbeit im Ostseeraum zu thematisieren und zu vertiefen.

Zu Beginn der Generaldebatte verwies Herr Prof. Jānis Vucāns auf die Entscheidung, die russischen Parlamente von der Arbeit der BSPC zu suspendieren, und merkte an, dass nun viele Themen offen besprochen werden könnten, darunter Wirtschafts-, Energie- und Sicherheitsfragen, die sich unter Russlands Beteiligung als schwierig erwiesen hätten. Die Frage der Energie sei für die Ostseeregion von entscheidender Bedeutung. Er betonte, dass das Wort „gemeinsam“ zentral für die Kooperation im Ostseeraum sei, auch bei der langfristigen Unterstützung der Ukraine.

Herr **Axel Eriksson**, Vertreter des *Baltic Sea Parliamentary Youth Forum*, sah die mit dem Klimawandel und dem Verlust der Artenvielfalt verbundenen Herausforderungen als eine Sicherheitsfrage an und forderte, dass nicht nur die Folgen von Krisen und Konflikten, sondern auch deren grundlegende Ursachen behandelt werden sollten.

Der Abgeordnete des Parlaments von Åland, Herr **Simon Pāvāls**, unterstrich die Notwendigkeit einer Einbeziehung von Perspektiven und Erfahrungen lokaler Gemeinschaften in den politischen Entscheidungsprozess. Er verwies auf den Rückgang vom Hering, der für die Menschen und die lokale Wirtschaft auf den Åland-Inseln sehr wichtig sei. Er betonte, dass Menschen vor Ort der Schlüssel zum Erfolg im Kampf gegen den Klimawandel und für den Erhalt der Artenvielfalt seien, und wünschte sich mehr Beteiligung lokaler Gesellschaften auf europäischer Ebene. Herr **Jaroslav Wałęsa** stimmte dem zu und schlug vor, zu einem Vertrag aus den 1970er Jahren zurückzukehren, der die Größe der in der Ostsee verkehrenden Schiffe begrenze. Auch Herr **Wille Valve**, Abgeordneter des Parlaments von Åland, verwies auf die Belange von Küstengesellschaften. So sei das europäische Verbot von Robbenprodukten aus Gründen des Tierschutzes wichtig, doch sei die Jagd auf Robben rechtlich gesehen erlaubt und teilweise auch notwendig. Daher forderte er eine begrenzte Ausnahme für handwerkliche lokale Produkte.

Das Mitglied des Präsidiums der Baltischen Versammlung, Frau **Inese Voika**, betonte, dass die Unterstützung für die Ukraine über die militärische Hilfe hinausgehe und den Wiederaufbau des Landes, sowohl in physischer Hinsicht als auch beim Wiederaufbau der Demokratie, umfassen müsse. Sie ging auch auf Belarus und Russland und die Unterstützung der demokratischen Opposition ein. Auch die Abgeordnete des lettischen Parlaments, Frau **Iveta Benhena-Bēkena**, bekräftigte, dass der Frieden auf allen Ebenen das oberste Ziel sein müsse, und dass sich alle Opfer lohnen würden, um die Demokratie zu erhalten. In diesem Zusammenhang erwog der Abgeordnete des polnischen Parlaments, Herr **Kacper Płażyński**, die Frage von Reparationszahlungen Russlands an die Ukraine. Die Ukraine solle mit schweren Waffen und Munition unterstützt werden, so die Abgeordnete des norwegischen Parlaments, Frau **Ola Elvestuen**. Sie forderte zudem eine Verschärfung der Sanktionen gegen Russland und weitere Unterstützung für Flüchtlinge. Eine stärkere Koordinierung sei auch notwendig, um die umfassenderen Krisen der Welt zu bewältigen.

Bezugnehmend auf die frühere Aussage von Herrn Prof. Janis Vucans merkte der Abgeordnete des schwedischen Parlaments, Herr **Hans Wallmark**, an, dass die aktuelle Jahreskonferenz ohne russische Beteiligung den Mitgliedern die Möglichkeit gegeben habe, frei über gemeinsame Probleme, nicht zuletzt im Sicherheitsbereich, zu sprechen und nach gemeinsamen Lösungsansätzen zu suchen.

In Bezug auf die Sitzung zur Meinungsfreiheit am vorherigen Tag betonte die Abgeordnete des isländischen Parlaments, Frau **Hanna Katrín Friðriksson**, die Rolle von freien Medien im Kampf gegen strategisch eingesetzte Propaganda und Fake News. Sie unterstützte den Vorschlag, internationale Nachrichten ins Russische zu übersetzen und der russischen Bevölkerung zugänglich zu machen.

Abschluss der Jahrestagung

Im abschließenden Sitzungsabschnitt wurden zunächst die Berichte der BSPC-Rapporteure vorgestellt.

Die Erste Vizepräsidentin des Landtages und BSPC-Beobachterin bei der Helsinki Kommission, Frau **Beate Schlupp**, führte aus, dass die russische Aggression in der Ukraine sowohl die Sicherheit in Europa gefährdet als auch die praktische Zusammenarbeit im Bereich des Meeres- und Umweltschutzes in der Ostseeregion behindert habe. Im März 2022 habe HELCOM alle Sitzungen mit russischer Beteiligung bis auf Weiteres ausgesetzt. Nichtsdestotrotz solle die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen des 2021 beschlossenen aktualisierten HELCOM-Ostseeaktionsplans voranschreiten. In der Kontrolle von dessen Implementierung würde den Ostseeparlamentarierinnen und -parlamentariern eine besondere Rolle zukommen. Mit der Verabschiedung des Aktionsplans sowie einer Reihe begleitender Dokumente, darunter im Bereich des Meeresmülls, der Unterwasserlärm und des Nährstoffrecyclings, habe die HELCOM-Ministerkonferenz ein starkes Signal für den Meeresumweltschutz gesetzt. Zum Schluss wünschte sie dem neuen lettischen HELCOM-Vorsitz viel Erfolg bei der künftigen Arbeit.

Als Mitberichterstatter für die integrierte Meerespolitik sprach der Landtagsabgeordnete, Herr **Philipp da Cunha**, über die Auswirkungen des Krieges auf die maritime Wirtschaft, den Kreuzfahrttourismus und die Lieferketten. Er merkte an, dass erstere bereits durch Covid 19 stark beeinträchtigt worden seien. Die Probleme der Lieferketten würden durch Staus im Seeverkehr veranschaulicht, die unter anderem durch Chinas Null-Covid-Politik ausgelöst worden seien. Er hob die Rolle der blauen Wirtschaft bei der grünen und digitalen Transformation der EU hervor. Ziel solle es sein, das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abzukoppeln. Derzeit gebe es viele Unsicherheiten in den Bereichen Energie und Ernährung. Die Markterwartungen hätten sich dramatisch verändert, was sich auf die Preise für alle Rohstoffe auswirke. Er hob ein gemeinsames europäisches Konzept hervor, um die Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen zu beseitigen und diese durch andere zuverlässige Energiequellen zu ersetzen.

Nachdem die BSPC-Rapporteure ihre Berichte vorgestellt haben, übernahm der BSPC-Präsident **Pyry Niemi** das Wort und leitete zur Abstimmung über die Resolution der 31. Ostseeparlamentarierkonferenz über.

Nach der einstimmigen Verabschiedung der Konferenzresolution übergab Herr Niemi in guter Tradition den Staffelstab der Präsidentschaft an den neuen BSPC-Präsidenten und Abgeordneten des Deutschen Bundestages, Herrn **Johannes Schraps**. In seiner Abschlussrede gab Herr Schraps einen Ausblick auf die Schwerpunkte des deutschen BSPC-Vorsitzes 2022/2023. In den aktuellen schwierigen Zeiten gelte es, ein Signal der Einigkeit zu setzen. Die Resolution der 31. Ostseeparlamentarierkonferenz habe genau dies getan. Daher wolle der deutsche Vorsitz die Stärkung der Demokratie und Friedensförderung zum Leitmotiv der 32. Jahreskonferenz machen. Darüber hinaus bleibe die Klimakrise die übergreifende Herausforderung. Kooperation in Energiefragen und das gemeinsame Vorgehen zur Lösung des Problems der versenkten Munition würden weitere Schwerpunkte der deutschen Präsidentschaft darstellen. Auch die Praxis der Zusammenarbeit mit der Jugend solle fortgesetzt werden. So werde ein Jugendforum im Vorfeld der Jahreskonferenz im Vorfeld der nächsten Jahreskonferenz geplant.

Die 32. Ostseeparlamentarierkonferenz findet vom 27. bis 29. August in Berlin statt.

Anlage



Entschließung der Konferenz

auf der Grundlage der Konsensvereinbarung des Treffens des Redaktionsausschusses der BSPC am 12. Juni 2022

angenommen von der 31. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmenden, die gewählten Vertreterinnen und Vertreter

des Parlaments des Königreichs Dänemark
des Parlaments der Republik Estland
des Parlaments der Republik Finnland
des Deutschen Bundestages
des Parlaments von Island
des Parlaments der Republik Lettland
des Parlaments der Republik Litauen
des Parlaments des Königreichs Norwegen
des Parlaments der Republik Polen
des Parlaments des Königreichs Schweden
des Parlaments von Åland
der Bremischen Bürgerschaft
des Parlaments der Färöer
der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg
des Grönländischen Parlaments
des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern
des Schleswig-Holsteinischen Landtags
der Baltischen Versammlung
des Europäischen Parlaments
des Nordischen Rates,

die sich am 14. Juni 2022 in Stockholm versammelt haben,

- bekräftigen erneut auf das Schärfste ihre Verurteilung des vollkommen ungerechtfertigten, nicht provozierten und groß angelegten brutalen militärischen Angriffs und der Invasion der Russischen Föderation, die sich gegen die Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine und das ukrainische Volk richten – wie in der Erklärung der Präsidenten und Delegationsleiterinnen und -leiter der Ostseeparlamentarierkonferenz zum Ausdruck gebracht; verurteilen auf das schärfste die Beteiligung von Belarus an der russischen Aggression;

- erklären, dass der grausame und unmenschliche Aggressionskrieg gegen die Ukraine eine immer größer werdende Bedrohung für Frieden, Stabilität und Demokratie in ganz Europa und der Welt ist, und heben hervor, dass die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine ihre Rechte und Freiheiten und die gemeinsamen Werte verteidigen, für die Europa steht;
- nehmen mit Schmerz zur Kenntnis, dass täglich unschuldige Menschen auf verabscheuungswürdige Weise getötet werden, viele Menschen verschleppt und andere gezwungen werden, aus Angst um das Leben ihrer Familienangehörigen, Freunde und anderen Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus ihrer Heimat zu fliehen;
- erklären erneut, dass diese Angriffe einen Verstoß gegen das Völkerrecht und die europäische Sicherheit darstellen; sie verletzen die in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsätze und die Grundsätze des internationalen Rechts und des humanitären Völkerrechts;
- verurteilen entschieden jeglichen Verstoß gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte;
- unterstützen auch weiterhin die entschlossene und geschlossene Reaktion unserer Länder in Form der härtesten möglichen restriktiven Maßnahmen gegen die Russische Föderation und ihre Vertreter, darunter das Embargo auf fossile Brennstoffe, um weitere Eskalationen und Aggressionen zu verhindern;
- erwarten die unverzügliche Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission zwecks Dokumentierung und Verifizierung von Fakten, Berichten und Erklärungen, sowie die dringende gerichtliche Verurteilung von Kriegsverbrechern und fordern die internationale Gemeinschaft auf, die schuldigen Parteien vor internationale Tribunale zu stellen;
- heben erneut hervor, dass demokratische Werte, Rechtsstaatlichkeit, die Achtung des Völkerrechts, die Freiheit der Medien, eine starke Zivilgesellschaft und robuste nicht staatliche Organisationen, Chancengleichheit für alle sowie ein friedliches und enges nachbarschaftliches Verhältnis die Grundlage der Zusammenarbeit und die Grundwerte der Ostseeparlamentarierkonferenz bilden;
- erklären, dass nur Parlamente von Staaten oder supranationale Parlamente, Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen, parlamentarische Gremien und Organisationen, die die Garantie von Menschenrechten, Frieden und Demokratie als Grundwerte der Ostseeregion und Europas gewährleisten und dafür kämpfen, als Akteure in der Ostseeparlamentarierkonferenz und Partner der Ostseeparlamentarierkonferenz auftreten können;
- betrachten die Einhaltung der und das Eintreten für die anerkannten Völkerrechtsnormen als unabdingbare Voraussetzung für die Teilnahme an und Zusammenarbeit in der Ostseeparlamentarierkonferenz und die Beteiligung an ihrer Arbeit;
- frieren die gesamte parlamentarische Zusammenarbeit mit den russischen Parlamenten und den russischen Beobachterinstitutionen im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz ein, solange diese Grundwerte und Ziele durch den nicht provozierten, widerrechtlichen und brutalen militärischen Angriff und die Aggression der Russischen Föderation gegen eine souveräne und demokratische Ukraine, die durch parlamentarische Beschlüsse in Bezug auf Donezk und Lugansk initiiert wurden, auf dramatische Weise verletzt werden;

- bestätigen den Ausschluss der russischen Parlamente und Beobachterorganisationen aus der Jahreskonferenz, den Treffen der Arbeitsgremien sowie den Verfahren, Aktivitäten und Projekten der Ostseeparlamentarierkonferenz und frieren sämtliche gemeinsamen Aktivitäten mit ihnen so lange ein, bis eine Zusammenarbeit nach den Grundsätzen des Völkerrechts wieder möglich ist;
- legen fest, dass Änderungen zu diesem Beschluss
 - * einer sorgfältigen Prüfung vonseiten des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz im Hinblick auf die Frage, ob die Aussicht besteht, die Grundsätze des Völkerrechts und der Ostseeparlamentarierkonferenz zu berücksichtigen,
 - * einer Empfehlung des Ständigen Ausschusses gegenüber der Jahreskonferenz und
 - * eines endgültigen Beschlusses der Jahreskonferenz bedürfen;
- bekräftigen unseren großen Wunsch und unsere Absicht, die wichtige und erfolgreiche Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz zugunsten der gesamten Ostseeregion fortzuführen;
- begrüßen sehr die Entscheidung Finnlands und Schwedens, die Mitgliedschaft in der NATO zu beantragen;
- weisen noch einmal darauf hin, dass enge und intensive zwischenmenschliche Kontakte auf allen Ebenen – den Parlamenten, Regierungen und der Zivilgesellschaft – das Rückgrat für Frieden, Wohlstand und Umweltschutz in der Region sind;
- unterstreichen erneut, dass der Jugendaustausch und die Inklusion von Jugendlichen und jungen Menschen die Voraussetzung für die Garantie und Sicherung dieser Grundlagen des Ostseeraums auch für zukünftige Generationen bildet;
- möchten das Jugendforum der Ostseeparlamentarierkonferenz weiterhin in enger Zusammenarbeit mit dem Ostseerat und der Ostsee-Jugendplattform als regelmäßige, mit ihrer Jahreskonferenz verknüpfte Veranstaltung etablieren, um die Belange der jungen Generation in die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz einzubeziehen;
- begrüßen die Resultate und unterstützen die Ziele des Ministertreffens des Ostseerates am 25. Mai 2022;

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. sämtliche Maßnahmen zu initiieren und zu verabschieden, die notwendig sind, um die Sicherheit unserer Völker und die Verteidigung unserer Werte und Demokratien sicherzustellen;
2. die Ukraine bei der Verteidigung ihres Volkes und der demokratischen Werte weiterhin im größtmöglichen Umfang mit allen Mitteln zu unterstützen;

3. alle Bemühungen - insbesondere in diesen Kriegszeiten - noch weiter zu intensivieren, um bei der Stärkung von Sicherheit, Frieden und regionaler Identität auf der Grundlage von Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, friedlichen nachbarschaftlichen Verhältnissen und des Völkerrechts geschlossen zu agieren und zu reagieren;
4. angesichts der schwerwiegendsten Sicherheitskrise in der Region seit vielen Jahren eng, entschlossen und geschlossen zusammenzuarbeiten, um die Zusammenarbeit unserer demokratischen Nationen in der Ostseeregion zu stärken und den durch Russlands Politik und Handlungen verursachten Bedrohungen für die europäische Resilienz- und Sicherheitsarchitektur entgegenzutreten;
5. bei allen derzeit erforderlichen Maßnahmen in Bezug auf die Energiepolitik unserer Länder die notwendigen Entscheidungen so zu treffen, dass alle Maßnahmen weiterhin darauf abzielen, den Schwerpunkt auf Energiesicherheit, Nachhaltigkeit bei ihrem klugen und inklusiven Wirtschaftswachstum, ihrer Entwicklung und ihren Innovationen und einen guten ökologischen Zustand der Ostsee sowie einen soliden und nachhaltigen Zustand der Umwelt in der Ostseeregion zu legen;
6. aktuelle und zukünftige Herausforderungen und Krisen durch verstärkte geeinte und gemeinsame Maßnahmen zu bewältigen und die Idee des „Rechts des Stärkeren“ entsprechend den Bestimmungen des Völkerrechts zurückzuweisen;
7. die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur auch unter dem Aspekt der Förderung von Elementen einer gemeinsamen Identität durch gemeinsame Werte noch weiter auszubauen;
8. die Intensivierung des Jugendaustauschs und des Austauschs von jugendlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besonders in den Vordergrund zu stellen mit dem Ziel, junge Menschen zu erreichen und dafür zu mobilisieren, die für sie besonders wichtigen Themen anzusprechen, insbesondere in diesen schwierigen Zeiten;
9. den nachhaltigen Tourismus auszubauen und klimafreundlicheres Reisen auf der Grundlage von Programmen, die diesen Trend fördern, zu ermöglichen;
10. als starkes Zeichen der Geschlossenheit in Kriegs- und Krisenzeiten in den nächsten Jahren die Wiederaufnahme der Gipfeltreffen unserer Regierungschefs erneut zu erwägen;

im Hinblick auf Demokratie, Menschenrechte und Meinungsfreiheit

11. die diesbezüglichen, in der Entschließung der 30. Ostseeparlamentarierkonferenz enthaltenen Handlungsappelle und Forderungen in Bezug auf Demokratie, Menschenrechte und Meinungsfreiheit insbesondere in Kriegs- und Krisenzeiten weiterhin besonders energisch umzusetzen;
12. die von der russischen Regierung und weiteren staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren initiierten Desinformationskampagnen und ihrer Kriegspropaganda ausgehenden wachsenden Bedrohung für die demokratische Gemeinschaft konsequent und entschlossen zu bekämpfen;

13. die Bedeutung der Pressefreiheit für Demokratie und die demokratische Entwicklung anzuerkennen;
14. insbesondere jegliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Medien und die freie Berichterstattung zu bekämpfen und in den Ländern, in denen es Probleme gibt, gezielte Schutzmaßnahmen für die Arbeit der Medien zu initiieren und zu fördern, beispielsweise Aufklärung und Fortbildungsmaßnahmen für Journalistinnen und Journalisten, um sichere Arbeitsbedingungen für die Medien zu gewährleisten;
15. verschiedene Möglichkeiten für die Förderung von Maßnahmen zum Demokratieförderung in Russland und anderen Ländern zu prüfen, beispielsweise durch die Unterstützung der im Exil befindlichen Zivilgesellschaft;
16. insbesondere in Kriegs- und Krisenzeiten die Maßnahmen zur Erhöhung des Vertrauens in demokratische Strukturen und Werte zu verstärken sowie Toleranz und Offenheit, Medien- und Meinungsfreiheit und robuste nicht staatliche Organisationen als Eckpfeiler der Demokratien in der Ostseeregion zu fördern;
17. die Rechte von Flüchtlingen, ethnischen Minderheiten, LGBTQ-Menschen, Frauen, Kindern, alten Menschen und weiteren vulnerablen Gruppen, die in Kriegszeiten besonders gefährdet sind und durch intolerante Einstellungen bedroht werden, zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten;
18. die sexuelle und reproduktive Eigenständigkeit zu verteidigen und das Recht auf reproduktive Gesundheit zu achten;

im Hinblick auf die Abschwächung des Klimawandels, den Schutz der Biodiversität und die Anpassung an den Klimawandel

19. den aktualisierten Ostsee-Aktionsplan und die damit verbundenen Aktionsdokumente zu unterstützen, die durch das HELCOM-Ministertreffen am 20. Oktober 2021 unter dem damaligen deutschen Vorsitz vereinbart wurden, und eine raschere und konsequentere Umsetzung der vereinbarten Ziele in allen Ländern der Ostseeregion als zuvor zu gewährleisten, um bis zum Ende des Jahrzehnts einen guten ökologischen Zustand der Ostsee zu erreichen; eine regelmäßige Überwachung der Umsetzung ist dabei für die Unterstützung des Prozesses entscheidend;
20. weitere Maßnahmen, die eine noch schnellere und umfassendere Reduktion von klimarelevanten Emissionen ermöglichen mit dem Ziel, die angestrebte Klimaneutralität schnellstmöglich zu erreichen, aus den politisch relevanten Vorschlägen für verschiedene Politikbereiche im *HELCOM 2021 Climate Change in the Baltic Sea Fact Sheet* abzuleiten und umzusetzen;

21. anzuerkennen, dass anthropogene Aktivitäten wie Landwirtschaft und Industrialisierung in den Einzugsgebieten der Ostsee im Laufe der vergangenen 150 Jahre zu einer beträchtlichen Zunahme der Einträge von Düngemitteln und Phosphor geführt haben, und herauszustellen, dass es sehr wichtig ist, die Maßnahmen zur Reduzierung der Einleitung von Düngemitteln und Phosphor in die Ostsee fortzusetzen und dabei die Tatsache im Blick zu behalten, dass eine erhöhte Wassertemperatur auch die Effekte der Überdüngung verstärkt;
22. alle Bemühungen zu verstärken und gleichzeitig in verschiedenen Bereichen eng zusammenzuarbeiten, um die Chance zu erhalten, den Temperaturanstieg auf deutlich unter 2°C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, und Anstrengungen zu unternehmen, den Temperaturanstieg auf 1,5° C über dem vorindustriellen Niveau zu halten, und zwar mithilfe des raschen und umfassenden Ausbaus von erneuerbaren Energien und deren Technologien, Emissionsreduktion, geringeren Energieverbrauch, mehr Energieeffizienz und zugleich durch die Stärkung und Erhöhung der Zahl der natürlichen Kohlenstoffsinken sowie die Erforschung und Entwicklung von innovativen und nachhaltigen Technologien;
23. insbesondere in den Ländern, die nach wie vor stärker von inländischen und importierten fossilen Energiequellen und Uranimporten abhängig sind, die Nutzung von erneuerbaren Null- und Niedrigemissionsenergien aus inländischen Quellen und langfristig die Nutzung von Energien voranzutreiben, die aus demokratischen und verlässlichen Partnerländern gemeinsam mit innovativen Wasserstoff-Anwendungen und Wasserstoff-Derivaten auf der Grundlage erneuerbarer Energien in Industrie und Handel sowie im Wärme- und Mobilitätssektor importiert werden, um eine eigene unabhängigere und resiliente Energie-sicherheit und -souveränität zu erreichen und gleichzeitig zur Erreichung der Klimaziele beizutragen;
24. mit den Ländern, die am stärksten von fossilen Brennstoffen und Uranimporten aus Russland abhängig sind, bei ihren Anstrengungen, auf verlässlichere und umweltfreundlichere Energiequellen umzusteigen, zusammenzuarbeiten;
25. die vielfach vorhandenen kostengünstigen und effizienten Technologien für die Erzeugung erneuerbarer Energie umfassend einzusetzen und noch intensivere Forschungsarbeiten sowie die Einführung und Nutzung von innovativen grünen Lösungen, insbesondere im Bereich der grünen Wasserstoff-Technologien, effektiv und deutlich auszubauen und schnellstmöglich Wasserstoffstrategien und Fahrpläne zu entwickeln, um die europäische Wasserstoffstrategie und den neuen Green Deal zu ergänzen und die Ostseeregion durch gemeinsame Anstrengungen und enge Zusammenarbeit im Bereich der grünen Energiewende in eine führende Position zu bringen;
26. im Hinblick auf Munitionsaltlasten auch in den aktuellen Kriegszeiten gemäß den Entschlüssen der 28., 29. und 30. Ostseeparlamentarierkonferenz sowie dem Zwischen- und Abschlussbericht des Berichterstatters der Ostseeparlamentarierkonferenz über Munitionsaltlasten in enger Zusammenarbeit mit HELCOM und dem Ostseerat die Anstrengungen zur Entdeckung und Neutralisierung von Kampfmitteln in der Ostsee mit konkreten Maßnahmen über eine multilaterale Zusammenarbeit konsequent weiter zu verstärken und den Ostseeraum als eine weltweite Modellregion für die ökologisch nachhaltige, schnelle und bezahlbare Bergung, Dekontaminierung und Beseitigung von im Meer versenkten Kampfmitteln zu etablieren;

27. die Länder, die für Munitionsaltlasten in der Ostsee verantwortlich sind, aufzufordern, einen Bergungsfonds einzurichten und die Bergungsmaßnahmen anzuführen, die dazu beitragen würden, die Ostsee von Munitionsaltlasten zu befreien; wir begrüßen die Bemühungen des kommenden deutschen Ostseeratsvorsitzes, dieses Thema voranzubringen;
28. Methoden der ökologischen Agrarwirtschaft umzusetzen und aktiv aus der Nutzung von Pestiziden und Düngemitteln durch einheimische Landwirte auszusteigen sowie Mittel für Forschungsvorhaben im Zusammenhang mit weniger gefährlichen Alternativen zuzuweisen und dafür zu sorgen, dass die politischen Maßnahmen eng an wissenschaftliche Erkenntnisse geknüpft werden;
29. die ländlichen Gebiete mit ihrem großen Potenzial in die Herstellung von erneuerbaren Energien sowie den Ausbau von Netzen und Lagerkapazitäten intensiv einzubeziehen und ihnen zu ermöglichen, umfassend am Erfolg teilzuhaben, nachhaltige Innovationen im Bereich der grünen Energien zu unterstützen, die Nutzung nicht erneuerbarer Energiequellen zu reduzieren und Innovationen zu unterstützen, die das Leben in den Städten und auf dem Land nachhaltiger gestalten, und zu diesem Zweck grüne Verkehrslösungen zu verbessern und zu gewährleisten, dass die politischen Maßnahmen eng an wissenschaftliche Erkenntnisse geknüpft werden;
30. politische Maßnahmen und Regulierungen im Bereich Fischerei, Schifffahrt und in anderen Industriezweigen, die die Biodiversität in der Ostsee und das globale Klima gefährden, gemeinsam mit allen relevanten Akteuren zu entwickeln und umzusetzen und an die Notwendigkeiten und Herausforderungen anzupassen, die sich aus dem IPCC-Bericht und den international verbindlichen Zielen des Pariser Abkommens ergeben;
31. den Aufbau von Anlagen aus recyceltem Material zu fördern, um Regulierungen hinsichtlich der Wiederverwendung von Baumaterialien zu entwickeln, Pläne für die Wiederverwendung von Material als Voraussetzung für Abrissgenehmigungen im Rahmen der Anstrengungen zur Entwicklung nachhaltiger Versorgungswege entlang der Ostsee zu etablieren und öffentliche Pfandsysteme für Plastikflaschen in der Ostseeregion einzuführen und darüber hinaus die Kettennutzung in allen möglichen Bereichen zu unterstützen;
32. Strategien zur Umsetzung einer neuen innovativen Lebensweise zu kommunizieren und zu entwickeln, die einen entscheidenden Beitrag leisten, indem sie intensiv über die Tatsache aufklären, dass jeder Mensch, der eine Veränderung für sich selbst wagt, eine große Veränderung für alle bewirkt;

im Hinblick auf die demografischen Herausforderungen vor dem Hintergrund der russischen Invasion in der Ukraine; Migration, Arbeitsmärkte und das soziale Wohlfahrtsmodell

33. unter höchstmöglicher Wertschätzung für alle bislang getroffenen Entscheidungen und Handlungen zur Bewältigung des Flüchtlingsstroms aus der Ukraine insbesondere in den am stärksten betroffenen Ländern mithilfe weiterer umfassender systemischer und finanzieller Maßnahmen und Politiken dafür zu sorgen, dass die damit zusammenhängenden demografischen strukturellen Veränderungen und Herausforderungen in Bezug auf Wohnraum, Bildung, Kinder- und Gesundheitsschutz, Arbeitsmärkte und Einstellungen gegenüber ankommenden Flüchtlingen optimal adressiert werden und eine optimale Unterstützung für diejenigen, die vorübergehend im jeweiligen Land bleiben, und die Inklusion für diejenigen, die dauerhaft im jeweiligen Land bleiben, garantiert wird.

Darüber hinaus beschließt die Konferenz,

34. das freundliche Angebot des Deutschen Bundestages zu begrüßen, die 32. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 27. bis 29. August 2023 in Berlin auszurichten.